

Schutz aktuell Initiative



JA ZUM SCHUTZ
vor Sexualisierung
in Kindergarten
und Primarschule



Stimme zur Volksinitiative



Andrea Geissbühler
Nationalrätin, SVP, BE

Unterschriften- sammlung erfolgreich abgeschlossen

Das Initiativkomitee «Schutz vor Sexualisierung in Kindergarten und Primarschule» hat am Dienstag, 17. Dezember 2013, der Bundeskanzlei in Bern 110 000 beglaubigte Unterschriften eingereicht. Das Volksbegehren richtet sich in erster Linie gegen die Pläne des Bundesamtes für Gesundheit (BAG), unter dem Vorwand der Aidsprävention schweizweit obligatorischen Sexualkundeunterricht ab Kindergarten einzuführen. Die gesammelten Unterschriften stammen aus der ganzen Schweiz. Das beste Sammelergebnis (siehe Liste S.2) wurde im liberalen Kanton Basel-Stadt erzielt.

Die Volksinitiative will in der Bundesverfassung festschreiben, dass Sexualerziehung Sache der Eltern ist, und dass die Schulen vor dem neunten Altersjahr des Kindes keinen Sexualkundeunterricht anbieten. Darüber hinaus können sowohl ein Unterricht zur Prävention von Kindsmisbrauch ab Kindergarten als auch ein Biologieunterricht zur Vermittlung von Wissen über die menschliche Fortpflanzung und Entwicklung ab dem zwölften Altersjahr erteilt werden.

Die Volksinitiative verfolgt mit ihrem Schutzkonzept eine Stärkung der verfassungsmässigen Grundrechte der persönlichen Freiheit, der Unversehrtheit der Kinder und der Achtung des Privat- und Familienlebens. Die Volksabstimmung wird voraussichtlich in zwei Jahren stattfinden. Erfreulich ist auch die Meldung, dass die Basler Eltern, welche gegen den obligatorischen Sexualkundeunterricht in Basler Kindergärten und Primarschulen mit den provokativen «Sex-Boxen» rekurrerten, sich nun ans Bundesgericht wenden. Für Diskussionsstoff ist gesorgt, bleiben Sie mit uns am Ball!

Andrea Geissbühler
Nationalrätin, SVP, BE

Weshalb diese Volksinitiative notwendig ist!



Dr. iur. Sebastian Frehner,
Nationalrat, SVP, BS

Im Frühjahr 2011 berichteten Medien, dass der Kanton Basel-Stadt ab August 2011 in Kindergärten und Primarschulen obligatorischen Sexu-

alkundeunterricht einführen will. Dazu wurden Lehrpläne und Lernziele erstellt und Unterrichtsmaterial zur Verfügung gestellt mit der unsensiblen Bezeichnung «Sex-Box». Die Medien stellten die Frage: «Verdirbt dieser Sex-Koffer unsere Kinder?» Für uns stellte sich eine andere Frage: «Wollen wir überhaupt einen obligatorischen Sexualkundeunterricht ab Kindergarten oder nicht?» Die Antwort war sofort klar: «Nein! Das wollen wir nicht, das ist viel zu früh! Sexualkundeunterricht in diesem zarten Alter ist Sache der Eltern!»

Sammelergebnis pro Kanton

Kanton	Stimm- berechtigte	Anzahl Unterschriften	in % der Stimm- berechtigten	Kanton	Stimm- berechtigte	Anzahl Unterschriften	in % der Stimm- berechtigten
BS	114 087	5 097	4.47%	AG	406 534	8 167	2.01%
SG	314 097	13 074	4.16%	LU	265 444	5 326	2.01%
AI	11 451	475	4.15%	VS	211 359	4 164	1.97%
AR	37 981	1 557	4.10%	SO	175 570	3 399	1.94%
SZ	100 088	3 352	3.35%	ZG	72 917	1 367	1.87%
TG	164 146	4 626	2.82%	OW	25 766	426	1.44%
BE	722 153	18 164	2.52%	FR	190 478	3 131	1.64%
GR	135 990	3 339	2.46%	NW	30 589	442	1.44%
BL	186 686	4 306	2.31%	TI	215 089	3 038	1.41%
GL	260 67	562	2.16%	VD	417 213	3 525	0.84%
SH	50 614	1 083	2.14%	NE	110 398	808	0.73%
UR	26 212	558	2.13%	JU	51 425	329	0.64%
ZH	889 444	18 280	2.06%	GE	243 535	1 455	0.60%
				Total	5 195 333	110 040	2.12%

Wir stellten schnell fest, dass es offenbar nicht nur darum ging, im Kanton Basel-Stadt obligatorischen Sexualkundeunterricht ab Kindergarten einzuführen, sondern, dass es vonseiten des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) eine von langer Hand geplante Strategie gibt, Sexualkundeunterricht ab Kindergarten flächendeckend in der ganzen Schweiz einzuführen. Ich erwähne dazu das «Nationale Programm HIV und andere sexuell übertragbare Infektionen (NPHS) 2011–2017» und das im Auftrag des BAG erstellte «Kompetenzzentrum für Sexualpädagogik und Schule», welches wiederum ein «Grundlagenpapier Sexualpädagogik und Schule» herausgegeben hat. In einer Fussnote im NPHS (Seite 90, Ziffer 93) heisst es ausdrücklich, es sei im Rahmen dieses Programms nicht zulässig, dass sich Kinder (bzw. deren Eltern) auf ihr Selbstbestimmungsrecht berufen, um sich vom obligatorischen Sexualkundeunterricht dispensieren zu lassen!

Initiative richtet sich gegen die Pläne des BAG

Mit den Plänen des BAG sind wir nicht einverstanden. Ein vierjähriges Kind soll noch nicht den Unterschied zwischen homosexuell, schwul, lesbisch und bisexuell lernen müssen. Wir wehren uns gegen eine solche ideologisierte Sexualerziehung. Mit unserer Volksinitiative stellen wir deshalb in einem gewissen Sinne auch die Forderung an das BAG, diese Pläne aufzugeben!

Schutzwirkung bereits ab heute

Wir haben mit unserer Volksinitiative bereits heute schon einiges erreicht: Die Basler Sex-Box für Kindergärten und Primarschule heisst heute nicht mehr «Sex-Box».

Pornografisches Material wurde aus ihr entfernt. Die Lehrpläne wurden angepasst. Auf gesamtschweizerischer Ebene wurde das

Kompetenzzentrum für Sexualpädagogik und Schule in Luzern geschlossen. Der Lehrplan 21 orientiert sich am Konzept unserer Volksinitiative. Diese Volksinitiative wird ab heute bis zum Tag der Volksabstimmung im Jahr 2016 eine ständig zunehmende Schutzwirkung entfalten: Keine Schulleitung und kein Erziehungsdepartement wird noch wagen, mit der Einführung von obligatorischem Sexualkundeunterricht quasi Kanonenfutter für unsere Volksinitiative zu liefern!

110 000 Unterschriften aus allen Kantonen

Absolut am meisten zur Sammlung beigetragen haben die Kantone Zürich und Bern mit je über 18 000 Unterschriften, gefolgt von St.Gallen mit über 13 000. Das sind eindruckliche Zahlen. Wenn man aber diese Zahlen ins Verhältnis zur stimmberechtigten Bevölkerung setzt, ergibt sich nochmals ein anderes Bild: Jetzt steht an erster Stelle der Kanton Basel-Stadt, wo fast jeder 20. Stimmberechtigte unterschrieben hat. An zweiter und dritter Stelle folgen die Kantone St.Gallen und Appenzell Innerrhoden. ■



Meine Verantwortung als Mutter



Ulrike Walker,
Co-Präsidentin, BS

Als Mutter kenne ich meine Verantwortung gegenüber meinen Kindern und will diese wahrnehmen. Als Schweizer Bürger wissen wir, dass Eigenverantwortung wichtig ist – wir glauben daran, dass wir als

Erwachsene mündig und reif genug sind, um unsere eigenen Kinder selbst zu erziehen.

Dieses Recht auf verantwortungsvolle Erziehung meiner Kinder – so wie ich es für richtig halte – will ich mir deshalb nicht nehmen lassen.

Wir müssen uns vom Staat nicht diktieren

lassen, was das Beste für unsere Kinder ist. Die Schule soll unsere Kinder bilden, aber die Erziehung und die Vermittlung von Werten ist primär die Zuständigkeit von uns Eltern.

Ich bin es leid, mir von angeblichen Fachleuten, die vom Staat finanziert werden, immer wieder vorpredigen zu lassen, dass angeblich so viele Eltern nicht mehr willens und nicht mehr in der Lage seien, ihre eigenen Kinder zu erziehen.

Als verantwortungsbewusste Mutter bin ich es auch leid, mir vom Staat vorpredigen zu lassen, dass staatliche Experten das besser können als wir Eltern. Gerade die Geschichte der Verdingkinder hat gezeigt, dass staatliche Experten keine Garantie für das Wohl unserer Kinder abgeben können. Es darf nicht sein, dass der Staat wegen einzelner Problemfälle die Mehrheit der mündigen und verantwortungsvollen Eltern übergeht und ausspielt.

Genug der Experimente!

Wir sind nicht grundsätzlich gegen Sexualkundeunterricht in der Schule. Aber kleine Kinder durch staatliche Präventionsprogramme und Aufklärung ihrer Unbeschwertheit zu berauben, ist ein seelischer Missbrauch. Ein Missbrauch wie dieser war auch schon in den 80er-Jahren an den Schulen verübt worden. Das verdeutlicht ein Zitat einer ehemaligen Schülerin einer Basler Schule: «Wir wurden genötigt, über etwas Intimes zu sprechen, das wir noch nicht mal kannten.» Damals nannte man es Reformpädagogik, heute emanzipatorische Pädagogik, der Inhalt ist gleich geblieben. So werden Kinder und Jugendliche zu etwas genötigt, das sie nicht wollen, trauen sich aber nicht, das oftmals aus gruppendynamischen Gründen zu sagen.

Deshalb möchte ich auch zukünftig all denjenigen Kindern und Jugendlichen eine Stimme geben. Auch wenn uns die Medien oder Behörden immer wieder vom Gegenteil überzeugen wollen: Es gibt sie nämlich noch, die unbeschwernten Kinder, die nichts von Sexualität wissen wollen, es gibt sogar Jugendliche, denen dieses Thema längst überdrüssig ist, und es gibt Eltern, die sich ihrer Verantwortung bewusst sind!

Das Anliegen der Initiative ist es, Kinder Kinder sein zu lassen! Mit dem erfolgreichen Abschluss der Unterschriftensammlung haben wir die erste Etappe geschafft. In den folgenden zwei Jahren bis zur Volksabstimmung werden wir Zeit haben, diese hier aufgezeigten extrem wichtigen Fragestellungen weiter zu vertiefen und das Vorhaben von staatlichen Stellen, obligatorischen Sexualkundeunterricht an Kindergarten und Primarschulen einführen zu wollen, grundsätzlich zu hinterfragen. ■



60 dekorierte Kartons voll Unterschriften



Die kleine Helferin, Nathalie (8), stemmt den letzten Karton



Professor Dr. Suzette Sandoz, a. Nationalrätin FDP, in Diskussion mit einer Journalistin



Insgesamt rund 70 Personen kamen nach Bern zur Einreichung der Unterschriften bei der Bundeskanzlei

Nach der Abgabe der Unterschriften war ein Besuch des Bundeshauses angesagt



Ein neues Kapitel schweizerischer Demokratie

Das Initiativkomitee dankt allen Leserinnen und Lesern ganz herzlich für den Einsatz beim Zustandekommen der Volksinitiative!

Ein erster grosser Schritt ist getan! Die Bundeskanzlei hat grünes Licht gegeben, dass in zirka zwei Jahren eine Volksabstimmung stattfinden kann. Gemeinsam schlagen wir nun ein neues Kapitel herzlich gelebter schweizerischer Demokratie auf. Darüber freuen wir uns. Mit vereinten Kräften werden wir das Ziel erreichen!

Bitte stärken Sie diese Volksinitiative auch mit einer Spende auf: PC 70-808080-1. Vielen herzlichen Dank!



JA ZUM SCHUTZ
vor Sexualisierung
in Kindergarten
und Primarschule

Impressum:

Schutzinitiative aktuell erscheint 4-mal jährlich / **Abo:** CHF 10.-, für Gönner/-innen im Beitrag enthalten / **Herausgeber und Redaktion:** Überparteiliches Komitee «Schutz vor Sexualisierung in Kindergarten und Primarschule», Postfach, 4011 Basel, **Tel.** 061 702 01 00, **Fax** 061 702 01 04, **info@schutzinitiative.ch**, **www.schutzinitiative.ch**, **Postkonto:** 70-80 80 80-1 / © **Initiativkomitee / Gestaltung und Fotografie:** GOAL AG für Werbung und Public Relations, 8600 Dübendorf / **Druck:** Engelberger Druck AG, 6370 Stans.